

Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie: zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen

Westle, Bettina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Westle, B. (1998). Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie: zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen. *ZUMA Nachrichten*, 22(43), 116-133. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-208265>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

KONSENS UND KONFLIKT ALS ELEMENTE DER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE. ZUM DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS VON WEST- UND OSTDEUTSCHEN

BETTINA WESTLE

In der westlichen Welt mehren sich die Stimmen, die eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl als Gegengewicht zu einem entgrenzten Individualismus fordern. Den Deutschen wurde jedoch wiederholt eine unzureichende Akzeptanz des mit liberalen pluralistischen Gesellschaften und ihrem individuellen Freiheitsbegriff verknüpften Konfliktcharakters bescheinigt. Die Arbeit untersucht die Haltungen der Deutschen gegenüber zentralen demokratischen Werten und Verfahren in konsensualen und konflikthaften Situationen auf der Grundlage einer neuen Indexbildung mittels eines etablierten Instruments zum Demokratieverständnis und fragt nach der Korrespondenz dieser Orientierungen mit den Erwartungen des individualistischen gegenüber den Erwartungen des kollektivistischen Ordnungsmodells.

Communitarians criticize a seemingly unlimited development towards individualism in the western world and plead for priority to be given to the common weal. A low acceptance of the political and social conflicts characteristic for liberal, pluralistic societies has been observed in Germany for years. The paper analyzes the attitudes of Germans towards central democratic values and procedures in consensual and conflictual situations and looks at the correspondence between these and theoretical expectations of individualistic versus collectivistic models of society. The research is based on a new index derived from a widely used instrument on democratic attitudes.

1. Demokratietheoretischer Hintergrund: Zum Spannungsverhältnis von Konsens und Konflikt

Die Antinomie zwischen Konsens und Konflikt, das Spannungsverhältnis zwischen dem Wert der individuellen Freiheit und dem Wert des Allgemeinwohls als politischen Zielen

ist seit der Antike ein Kernthema der politischen Theorie. Bis heute gelten sowohl der Wert des individuellen Interesses als auch der Wert des allgemeinen Interesses als ethisch begründbare Ziele einer guten politischen Ordnung, die jedoch in Widerspruch zueinander stehen können.

Ohne all die Ansätze, die sich mit diesem Problem beschäftigen, hier im einzelnen rekapitulieren zu wollen, können doch die meisten bekannten Theorien über Demokratien - je nachdem, welchem der beiden Werte sie Priorität einräumen - entlang einer Unterscheidung zwischen individualistischen versus kollektivistischen Ordnungsmodellen systematisiert werden. Generell sieht die kollektivistische Denkrichtung – z.B. vertreten durch die Denker der Antike oder Rousseau - das Individuum als primär soziales Wesen, eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext und ohne diesen existenzunfähig, während die individualistische Denkrichtung seit dem Rationalismus der Aufklärung die Gesellschaft eher als Vertragsprodukt autonomer Individuen betrachtet. Mit diesen konträren anthropologischen Grundannahmen verbinden sich die holistische versus atomistische Konzeption der Gesellschaft. Kernprinzipien der Demokratie, so auch der Begriff des Interesses, erfahren in diesen Konzeptionen differente Auslegungen, wie sie vereinfacht in Abbildung 1 dargestellt sind (vgl. dazu ausführl. z.B. Kelsen 1929; Schumpeter 1950; Dahl 1971; Pennock 1979; im Überblick Schwan 1991; zu einer ähnlichen Typisierung Thomassen 1995).

Abbildung 1: Elemente individualistischer und kollektivistischer Demokratieversionen

INDIVIDUALISTISCH		KOLLEKTIVISTISCH
von staatlichem Zwang	Freiheit	zu politischer Teilhabe
rechtlich und politisch	Gleichheit	Rechtlich, politisch und sozio-ökonomisch
Gegenpart des Bürgers, kleine Rolle	Staat	Verkörperung der Bürgerschaft, große Rolle
Instrumentell und freiwillig	Partizipation	Wert an sich und moralische Pflicht
Vielfalt, Gegensätze, Konkurrenz und Konflikt	Interesse	Einheitlichkeit, allgemein geteilte Gemeinwohlkonzeption, Konsens

Freiheit wird in den individualistischen Ansätzen als sogenanntes negatives Konzept vertreten - eine Vorstellung, die das rechtsstaatliche Prinzip der Freiheit von staatlichem Zwang meint. Demgegenüber versteht das sogenannte positive Konzept der Freiheit in kollektivistischen Ansätzen diese als Freiheit zur politischen Teilhabe und dadurch erzeugte Selbstbestimmung. Gleichheit wird in individualistischen Ansätzen im wesent-

lichen als rechtliche und politische, in kollektivistischen darüber hinaus auch als sozio-ökonomische verstanden. Sie wird als Voraussetzung für die effektive Inanspruchnahme politischer Gleichheit betrachtet. Verknüpft mit diesen Wert-Interpretationen steht der Staat im individualistischen Denken dem Bürger als Gegenpart gegenüber. Zur Sicherung des Werts der Freiheit muß ihm normativ eine kleine Rolle zukommen. Im kollektivistischen Denken gilt der Staat dagegen als Verkörperung der Bürgerschaft mit großer Verantwortung für das Wohl seiner Mitglieder. Damit verbunden gewinnt im Kollektivismus unmittelbare politische Partizipation die Rolle eines zentralen Wertes als Recht, aber auch als Pflicht, während sie im individualistischen Denken nicht als Wert *sui generis*, sondern als Instrument zur Durchsetzung eigener Interessen verstanden und auf repräsentative Formen konzentriert wird. In kollektivistischen Ansätzen wird schließlich ausgehend von der Vorstellung der rechtlichen, politischen und sozialen Gleichheit ein geringes Ausmaß konträrer Interessenlagen erwartet. Öffentliche Diskussions- und Partizipationsprozesse ließen die Entwicklung allgemein geteilter Konzeptionen des Gemeinwohls nicht nur zu, sondern das Individualinteresse sei - richtig verstanden - automatisch in dem allgemeinen Interesse aufgehoben. Das tragende Kommunikationsprinzip ist hier die Konsensorientierung. Demgegenüber ist die individualistische Denkrichtung geprägt von der Annahme der Nicht-Herstelbarkeit eines breiten Werte- und Interessenkonsenses. Gegensätzliche Interessen werden daher als legitim und produktiv angesehen. Daraus resultieren die Prinzipien des Konflikts und der politischen Konkurrenz, mit denen das Verfahren der Entscheidungsfindung durch Mehrheitswillen korrespondiert. Zudem wird in der Frage, welche Instanz zu einer Definition des Gemeinwohls berufen werden könne, die Gefahr einer totalitären Umdeutung betont.

Allerdings finden sich auch Ansätze, die einen moderaten Weg zwischen beiden Modellen suchen. Exemplarisch dafür ist die Pluralismustheorie, die vielfältige Interessen als legitim ansieht und die Vorstellung einer zweifelsfreien Ermittlung des Gemeinwohls abweist. Dennoch wurden in ihr dem Individualismus Grenzen gesetzt. Paradigmatisch dafür war Fraenkels Vorstellung von der notwendigen Gleichzeitigkeit eines breiten Konfliktsektors und eines eng begrenzten Konsenssektors, also die Annahme, daß ein friedlicher Konfliktaustrag nur vor dem Hintergrund eines Minimalkonsenses über zentrale Werte und Spielregeln der politischen Ordnung möglich sei (1976).

Aktuellen Niederschlag hat diese Kontroverse zwischen individualistischem und kollektivistischem Denken in letzter Zeit wieder in der Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus gefunden. So diagnostizieren die Kommunitaristen einen infolge des Liberalismus entgrenzten und überbordenden Individualismus auf Kosten gemeinschaftlicher Belange in den westlichen Demokratien (z.B. Bellah et al. 1985; Etzioni 1988, 1994, 1997; Walzer 1992). Auf der anderen Seite werden dagegen - so etwa bei Dubiel (1992) -

Interessenkonflikte nicht nur als nicht bedrohlich für das Gemeinwohl angesehen, sondern gar als Kitt charakterisiert, der das Gemeinwesen zusammenhalte. Auch in den neueren Varianten der Debatte finden sich Versuche der Versöhnung beider Perspektiven, so etwa in Hirschmans Differenzierung der Konfliktarten, nämlich den sogenannten Verteilungskonflikten beispielsweise ökonomischer Natur, die eine Kompromißbildung zuließen, versus den Grundsatzkonflikten beispielsweise ethnischer oder religiöser Natur, die keinen Kompromiß zuließen und daher einen gesellschaftlichen Konsens erforderten (1994).

Erneut an Aktualität gewonnen hat das Problem von Konsens und Konflikt aber auch realpolitisch durch die Wende in Osteuropa - und zwar in zweifacher Weise: Legt man nämlich erstens die angeführten Interpretationen der Elemente der Demokratiemodelle auf Ideen des demokratischen Sozialismus an, so wird man darin unschwer Tendenzen zu dem kollektivistischen Denken finden, so in der Betonung des Prinzips der Verknüpfung von politischer und sozialer Gleichheit, der Demokratie als Lebensweise und der Gemeinwohlorientierung. Viele Autoren sehen daher für Osteuropa Anzeichen einer Entwicklung kollektivistisch geprägter Demokratieversionen am Horizont. Der zweite Faktor ist eher indirekter Natur: Während das pluralistische Modell zwar die Notwendigkeit eines Konsenssektors anerkennt, so konkretisiert es diesen doch nicht inhaltlich. Problematisch bleibt dabei immer die Frage, wie die Folgebereitschaft der im politischen Interessenkonflikt Unterlegenen als Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit des konkurrenzdemokratischen Systemtypus gesichert werden kann. Hier nun sahen eine Vielzahl von Autoren das sogenannte „negative Vergleichsbild“ der sozialistisch/kommunistischen Staaten als wesentlichen Stabilitätsfaktor. Das Verschwinden des ideologischen Gegenbildes mit dem Zusammenbruch des Kommunismus scheint nunmehr jedoch eine Lücke in der Frage der ethisch-moralischen Fundierung der liberalen Demokratie sichtbar gemacht zu haben, mit deren Füllung sich der Liberalismus durch seine Betonung nicht-kollektiver, inhaltsoffener Konzepte der sozialen und politischen Ordnung schwer tut. Folge dieser ethisch-moralischen Offenheit könnten massive Legitimationsprobleme sein.

Für das vereinte Deutschland liegt die potentielle Problematik damit auf der Hand: Probleme der inneren Einheit haben unter den politischen Herrschaftsträgern, in der politische Publizistik und Wissenschaft die Aufnahmebereitschaft für kommunitaristische Vorstellungen gefördert (vgl. z.B. Dettling 1994; Schäuble 1994; Kersting 1991). Der westdeutsche Verlust des ideologischen Gegenbildes zum Liberalismus mag zudem mit einem ostdeutschen konsensorientierten Politikverständnis zusammentreffen. Ein Pendelumschwung in Richtung auf ein kollektivistisches Demokratieverständnis erscheint einigen somit dringend geraten. Angesichts der totalitären Geschichte Deutschlands löst diese Perspektive jedoch bei anderen außerordentlich abwehrende Reaktionen aus (siehe dazu die kontroversen Beiträge in Honneth 1993 und Zahlmann 1994).

Während nun zwar eine Vielzahl von strukturbezogenen Arbeiten zu konsens- und konfliktorientierten Demokratiemodellen vorliegt - prominentes Beispiel sind Lijpharts Arbeiten zur Konkordanz- versus Mehrheitsdemokratie (1984, 1994) - bleibt das Thema auf der politisch-kulturellen Ebene bislang unterbelichtet. Ein Grund für dieses Forschungsdefizit dürfte sein, daß sich mit den beiden theoretischen, primär auf die Makroebene bezogenen Demokratieversionen ähnliche, damit im Effekt aber konträre Erwartungen an die politisch-kulturelle Ebene verbinden. Das heißt: Auf beiden Seiten werden mit dem präferierten Modell bestimmte positive Charakteristika des Bürgers verknüpft und dem jeweiligen Gegenmodell abgesprochen. Die individualistische Perspektive spricht dem Bürger als Folge ihres Freiheitsbegriffs eine ausgeprägte Akzeptanz von gesellschaftlichen Konflikten zu, mit der Kompromißbereitschaft und Toleranz gegenüber abweichenden Minderheiten verbunden sei. Aus der generellen Konfliktorientierung resultiere auch die Präferenz für eine zurückhaltende Rolle des Staats, ein instrumentelles Verständnis politischer Partizipation und ein nur moderates Verpflichtungsgefühl gegenüber der politischen Gemeinschaft, dessen positives Pendant geringer Nationalismus und Offenheit gegenüber Fremden sei. Dem Bürger der kollektivistischen Demokratie mit ihrem Impetus auf dem Gemeinwohl werden in dieser Sicht die konträren Charakteristika zugesprochen. Insbesondere zeige er einen geringen Willen zum Kompromiß, neige zu Gewalt und expressiver Partizipation, akzeptiere abweichende Minderheiten nicht und tendiere zum Ruf nach einer repressiven Homogenisierung der Gesellschaft (Hagendoorn 1994). In der kollektivistischen Perspektive wird von dem Bürger eine ausgeprägte Konsensorientierung, eine Orientierung am Gemeinwohl erwartet. Damit verbunden sei eine umfassende politische Partizipation, die ihrerseits das Erlernen freiheitlicher Werte, die kompetente Nutzung gewaltfreier Konfliktlösung und Kompromißbereitschaft fördere. Von der Entwicklung eines ausgeprägten Gemeinschaftssinns wird in dieser Perspektive auch die Akzeptanz jeglicher Minderheiten erwartet. Die individualistische Demokratie dagegen lasse die Entstehung von Feindbildern und von Nationalismus eher zu, da sie auf verantwortliche und damit gemeinwohlorientierte politische Kompetenz und Engagement des Bürgers wenig Wert lege (Farnen/Daniel 1994).

Im folgenden wird nun versucht, die Forschungslücke auf der Mikroebene etwas zu füllen, indem für den Aspekt von „Konsens und Konflikt“ für die deutsche Bevölkerung gefragt wird, inwieweit diese Annahmen überhaupt eine entsprechende Widerspiegelung im Bewußtsein der Bevölkerung finden.

2. Zum Erhebungsinstrument

Ein Versuch zur empirischen Erfassung der Akzeptanz des individualistischen Konzepts ist ein Ende der 60er Jahre von Kaase und Wildenmann (1968) entwickeltes Erhebungsinstrument. Dabei wird mittels einer Reihe von Items erfragt, inwieweit demokratische Kerninstitutionen und -rechte wie bspw. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf politische Opposition nur in konsensualen oder auch in konfliktreichen Situationen befürwortet werden und inwieweit die Existenz von divergierenden Interessen und daraus resultierenden Konflikten als Positivum verstanden oder aber als schädlich für das Gemeinwohl angesehen werden. Anhand dieses Instrumentes konnte für die Westdeutschen zwar kontinuierlich eine umfassende Befürwortung demokratischer Grundprinzipien beobachtet werden. Gleichzeitig wurde ihnen aber wiederholt eine geringe Konfliktakzeptanz bescheinigt und damit ein eher kollektivistisches Demokratieverständnis (z.B. Kaase 1971; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1979). Dieser Befund bestätigt sich nun auch in den 90er Jahren mehrfach für die west-, aber auch für die ostdeutsche Population (Tabelle 1).¹⁾

Die Items, die eine Akzeptanz demokratischer Institutionen in Kollision mit einem ungestörten Ablauf der Regierungsgeschäfte, Rechte im Zusammenstoß mit der öffentlichen Ordnung und Gruppenpluralismus sowie Individualinteressen in Widerstreit mit dem Kollektivinteresse thematisieren, werden von West- und Ostdeutschen deutlich geringer befürwortet als die demokratischen Grundprinzipien in konsensueller Situation und weisen zudem eine geringere Stabilität auf. Entsprechend herrscht die Interpretation vor, daß das Demokratieverständnis der Deutschen nach wie vor durch antiindividualistische Momente geprägt ist. Zurückgeführt wird dies vor allem auf die obrigkeitsstaatliche deutsche Geschichte (z.B. Bauer 1991; Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993; Dalton 1994; Gabriel 1995).

Obwohl diese Interpretation einige Plausibilität für sich beanspruchen kann, erscheint sie nicht ganz unproblematisch, da hier erstens Bevölkerungsorientierungen an einer schon theoretisch kontroversen Typusvorstellung der Demokratie gemessen werden, und sich zweitens die Interpretation von historischen Kontinuitätslinien, die ja auf einen Sonderstatus des deutschen Demokratieverständnisses zielt, weder auf international vergleichende Daten noch auf eine genügend weit zurückreichende Zeitreihe stützen kann. Die Ähnlichkeit dieser Orientierungen in West und Ost läßt nunmehr drittens weitere Zweifel an der Interpretation historischer Kontinuitäten aufkommen. Denn in diesem Fall wäre in Ostdeutschland aufgrund der längeren Dauer obrigkeitsstaatlicher Verfaßtheit eine noch größere Skepsis gegenüber individualistischen Werten als in Westdeutschland zu erwarten gewesen. Dies ist aber eindeutig nicht der Fall.

Tabelle 1: Konsens- und Konfliktorientierung der Deutschen (Prozentanteile)

19..	WEST								OST			
	68	79	82	88	90	91	93	95	90	91	93	95
KONSENSDIM.												
Demonstr.-freiheit	76	88	87	91	90	94	92	90	93	96	91	94
Meinungsfreiheit	96	96	94	94	92	97	93	90	98	97	94	96
Opposition	94	95	93	94	93	95	92	92	96	96	90	96
Regierungschance	90	96	94	92	91	92	92	85	91	95	90	91
KONFLIKTDIM.												
Interessengruppen	28	38	29	48	47	56	36	44	52	50	33	34
Demonstr.-freiheit	32	27	21	31	28	31	35	30	32	33	42	32
Opposition	29	32	34	46	39	41	47	39	41	33	48	41
Gemeinw.-vorrang	6	5	8	11	11	11	15	16	8	7	10	8

Fragetext: Hier haben wir eine Reihe von häufig gehörten Behauptungen zusammengestellt und möchten Sie bitten, uns Ihre persönliche Stellungnahme zu jeder Behauptung zu sagen. Dabei bedeutet +3 volle Übereinstimmung, +2 bedeutet Übereinstimmung in wesentlichen Teilen, +1 geringe Übereinstimmung, -1 bedeutet geringe Ablehnung, -2 Ablehnung in wesentlichen Teilen und -3 volle Ablehnung.

Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl. (Interessengruppen schaden, Konfliktdimension -)

Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen. (Demonstrationsfreiheit, Konsensdimension +)

Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet. (Verlust Demonstrationsfreiheit, Konfliktdimension -)

Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist. (Meinungsfreiheit, Konsensdimension +)

Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. (Opposition=Unterstützung der Regierung, Konfliktdimension -)

Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar. (Opposition, Konsensdimension +)

Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen. (Regierungschance, Konsensdimension +)

Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen. (Gemeinwohlvorrang, Konfliktdimension -)

In Klammern sind die gängige und in Faktorenanalysen wiederholt bestätigte Zuordnung zu den Dimensionen des Konsenses und des Konflikts sowie die Itemkürzel und Polung im Sinn demokratischer und nicht demokratischer Antworten angegeben. (Ein weiteres Item zur politischen Gewalt ist nicht ausgewiesen, da es nicht zu den Dimensionen des Konsenses oder Konflikts zugeordnet wird). Für die in der Tabelle angegebenen Werte wurden die Items so umgepolt und dichotomisiert (entlang den drei Zustimmung- und den drei Ablehnungskategorien), daß der Anteil "demokratischer" Antworten ausgewiesen ist (also Zustimmung bei den positiv gepolten Items der Konsensdimension und Ablehnung bei den negativ gepolten Items der Konfliktdimension). Für die

Werte aus dem Jahr 1991 (entnommen aus Weil 1993) Befragtenpopulation ab 16 Jahren, alle anderen (basierend auf eigenen Berechnungen) für die Population ab 18 Jahren.

Quellen: Politik und Demokratie in der BRD 1968, ZUMA-Bus 2/1979, ALLBUS 1982, ALLBUS 1988, FGE BRD 5/1990, ISSP+ Ost 12/1990, Werte für 1991 entnommen aus Weil 1993, Politische Kulturen 1993, KSPW 1995.

Darüber hinaus sind schon früher zwei weitere relevante Bedenken gegen die gängige Interpretation formuliert worden. So verweist Hoffmann-Lange (1987) im Zusammenhang mit einem nicht völlig identischen, aber ähnlichen Untersuchungsinstrument darauf, daß die Antworten möglicherweise auch davon abhängig seien, wieviel Liberalität die Bürger ohne Beeinträchtigung der Stabilität der demokratischen Ordnung glauben zulassen zu können. Bei der Präferenz für eine Einschränkung liberaler Prinzipien in bestimmten Situationen könne es sich auch um ein Bewußtsein handeln, das die Demokratie auf keinen Fall durch ein „zu weit Treiben“ gefährdet sehen will - ohne aber dafür staatliche Repressivität in Kauf nehmen zu wollen. Der zweite, von Kielmannsegg (1990) vorgebrachte Einwand artikuliert Zweifel daran, daß eine größere Konfliktakzeptanz als liberale Orientierung zu verstehen sei. Es könne sich vielmehr auch um reine Konfliktbereitschaft handeln, die nicht begleitet werde von einer Anerkennung demokratischer Institutionen und die Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden vermissen lasse. Auf der Dimension der Konfliktakzeptanz müßten daher die Komponenten der Konfliktbereitschaft und der Konflikttoleranz unterschieden werden.

Beide Argumente heben nicht auf Aggregatverteilungen, sondern auf individuelle Ausprägungen der Antwortstrukturen auf der Konsens- in Kombination mit der Konfliktdimension ab. Während die von Hoffmann-Lange thematisierte ausschließliche Konsensorientierung bei etwa 60 Prozent der Befragten zutrifft, liegt die von Kielmannsegg angesprochene ausschließliche Konfliktorientierung jedoch für nur ein Prozent der Befragten vor. Dieser krasse Verteilungsunterschied mag der Hauptgrund dafür gewesen sein, daß die Items nie zu einer Skala kombiniert wurden und so die angeführten Kritiken keiner Überprüfung unterzogen wurden. Allerdings trifft diese Verteilung nur zu, sofern man in absoluten Begriffen denkt, d.h. technisch eine Dichotomisierung der sechs Antwortkategorien vornimmt. Diese Vorgehensweise würde jedoch wiederum dem Vergleich von Bevölkerungsorientierungen mit dem absoluten Maßstab eines normativen Ideals entsprechen, das aber offensichtlich den Wahrnehmungsstrukturen der Bevölkerung nicht angemessen ist.

Im folgenden werden die Items dagegen in einer von der gängigen Verwendung als separate Dimensionen abweichenden Form verwendet, indem beide Dimensionen kombiniert werden und die Bevölkerungshaltungen selbst als relativer Maßstab dienen, d.h. es wird eine Skalenaufteilung entlang der Durchschnittswerte auf beiden Dimensionen zur

Grundlage der Bildung eines Kombinationsindexes herangezogen.²⁾ Inhaltlich bedeutet dies, daß Bürger nicht als „ausschließlich“, sondern als „unter-“ oder „überproportional“ konsens- oder konfliktorientiert im Vergleich zu ihren Mitbürgern zu qualifizieren sind. Diese Indexbildung führt naturgemäß etwa zu einer Viertelung der Population: Befragte, die auf beiden Dimensionen eine unterproportionale Akzeptanz demokratischer Institutionen zeigen, werden im folgenden als undemokratischer Typus bezeichnet (1993+1995 kum.: West 29 Prozent, Ost 28 Prozent); Befragte, die auf beiden Dimensionen eine überproportionale Unterstützung artikulieren, als liberaldemokratischer Typus (West 25 Prozent, Ost 22 Prozent), der theoretisch mit dem gemäßigten Pluralismusmodell konvergieren sollte, während der einseitig konsensorientierte Typus (West 19 Prozent, Ost 25 Prozent) dem rein kollektivistischen, der einseitig konfliktorientierte Typus (West 27 Prozent, Ost 25 Prozent) dem rein individualistischen Modell entsprechen sollte.

3. Empirische Befunde zu den Orientierungen der Bürger

Die folgenden Befunde auf Grundlage dieser Indexbildung sollen nunmehr zur Beantwortung der Frage herangezogen werden, inwieweit diese Typen politischer Orientierungen den vom individualistischen oder aber vom kollektivistischen Ansatz formulierten Erwartungen an sie entsprechen.

Tabelle 2: Politische Unterstützung nach Demokratietypus

1993 (Mittelwerte) 1 = negativstes Urteil 6 = positivstes Urteil	Idee der Demokratie		Realität der Demokratie	
	WEST	OST	WEST	OST
Alle	5.40	5.25	4.26	3.32
undemokratisch	5.19	5.12	4.30	3.70
konsensorientiert	5.58	5.47	4.53	3.32
konfliktorientiert	5.08	4.90	4.10	3.25
liberaldemokratisch	5.69	5.52	4.13	3.00

Fragetexte:

Idee der Demokratie: Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind: sehr dafür, ziemlich dafür, etwas dafür, etwas dagegen, ziemlich dagegen, sehr dagegen?

Realität der Demokratie: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem - mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, etwas zufrieden, etwas unzufrieden, ziemlich unzufrieden, sehr unzufrieden?

Quelle: Politische Kulturen 1993.

Es ist naheliegend, dafür zunächst einmal die generelle Unterstützung der Demokratie zu betrachten (Tabelle 2). In beiden Landesteilen zeigt der liberal-demokratische Typus, eng gefolgt vom konsensorientierten Typus, die ausgeprägteste Befürwortung der Idee der Demokratie, während die als undemokratisch, aber auch die als konfliktorientiert klassifizierten Bürger eine deutlich geringere Bindung an die demokratische Idee äußern. Bei der Beurteilung der Realisierung der Demokratie kommt die Konfliktakzeptanz in kritischeren Urteilen zum Tragen, wenn die Konfliktorientierten und die Liberaldemokratischen die negativsten Bewertungen äußern. Erfahrungsgemäß bedeutet diese Kritik keine Ablehnung der Demokratie, sondern fußt auf verstärkten demokratischen Ansprüchen.

Tabelle 3: Haltung zu Gewalt als Mittel politischer Konfliktlösung sowie Stabilitätsorientierung und politische Toleranz nach Demokratietypus

1993/ 1993+1995 kum. Prozente	Gewalt		Demokratie: wichtig			
	WEST	OST	WEST		OST	
	totale Ablehnung		verteidigen	Kritik zulassen	verteidigen	Kritik zulassen
Alle	47	48	61	62	55	57
undemokratisch	45	45	48	45	51	45
konsensorientiert	65	58	80	77	66	69
konfliktorientiert	27	34	42	42	33	37
liberaldemokratisch	59	58	75	80	73	83

Fragetexte und Recodierungen:

Haltung zu Gewalt (Item aus der Fragebatterie s. Tab.1): In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen - volle Übereinstimmung, Übereinstimmung in wesentlichen Teilen, geringe Übereinstimmung, geringe Ablehnung, Ablehnung in wesentlichen Teilen, volle Ablehnung. Ausgewiesen ist „volle Ablehnung“.

Demokratie verteidigen und Kritik an Demokratie im eigenen Land zulassen (Items aus einer Fragebatterie zu Pflichten des Bürgers): Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seinem Land, den Mitbürgern und dem Staat. Sagen Sie mir bitte anhand der Skala auf jeder Karte, inwieweit Sie das für eine wichtige Pflicht des Bürgers halten: - die Demokratie gegen ihre Gegner verteidigen; - an der Demokratie im eigenen Land Kritik zulassen; Antwortskala: 1=überhaupt nicht wichtig bis 7=sehr wichtig. Ausgewiesen sind Skalenpunkte 6-7.

Quellen: Politische Kulturen 1993 und KSPW 1995 kumuliert (für Gewalt), Politische Kulturen 1993 (für Stabilitätsorientierung und politische Toleranz).

Allerdings drückt sich in der großen Wichtigkeit, die der Verteidigung der Demokratie gegen ihre Gegner von dem einseitig Konsensorientierten zugesprochen wird - anders als Hoffmann-Lange vermutete - keine besonders demokratiebewußte Haltung aus. Denn dieser Typus tendiert - noch stärker als der generell undemokratische - gleichzeitig zu

Autoritarismus und dem Ruf nach staatlicher Repression. Demgegenüber sind konfliktorientierte und liberal-demokratisch orientierte Bürger durch nicht-autoritäre Haltungen charakterisiert und lehnen staatliche Repressionen deutlich ab (Tabelle 4).

Tabelle 4: Autoritarismus und Repressionspotential nach Demokratietypus

1993+1995 kum. 1993 Mittelwerte	Autoritarismus 1 = nicht autoritär 6 = autoritär		Repressionspotential 1 = gering 4 = stark	
	WEST	OST	WEST	OST
Alle	4.11	4.60	2.01	1.97
undemokratisch	4.49	4.69	2.29	2.21
konsensorientiert	4.54	4.72	2.12	2.03
konfliktorientiert	3.96	4.25	2.06	1.94
liberaldemokratisch	3.51	4.47	1.65	1.73

Fragetexte:

Autoritarismus - Mittelwertsindex aus folgenden Items: Sagen Sie mir bitte zu jeder der Aussagen auf diesen Karten, wie stark Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen: A) Wenn wir uns nicht gegen Chaoten und Radaubröder wehren, wird unsere Freiheit bald in Unordnung und Chaos ausarten; B) Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muß von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen; C) In unserem Staat sollten sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem allgemeinen Wohl unterordnen; Antwortkategorien: stimme voll und ganz zu, stimme überwiegend zu, stimme eher zu, lehne eher ab, lehne überwiegend ab, lehne voll und ganz ab.

Repressionspotential - Mittelwertsindex aus folgenden Items: Was halten Sie von den folgenden Verhaltensweisen? Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie diese Verhaltensweise voll befürworten, im großen und ganzen befürworten, ob Sie sie im großen und ganzen ablehnen oder entschieden ablehnen: A) Wenn Polizisten mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vorgehen; B) Wenn Gerichte harte Strafen über solche Protestierer verhängen, die sich gegen Anweisungen der Polizei zur Wehr setzen; C) Wenn die Regierung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung jede öffentliche Demonstration verbietet; D) Wenn die Bundesregierung den Bundesgrenzschutz oder die Bundeswehr einsetzt, um einen Streik zu beenden.

Quellen: Politische Kulturen 1993 (für Repressionspotential), Politische Kulturen 1993 und KSPW 1995 kumuliert (für Autoritarismus).

Auch in der Frage politischer Partizipation strukturieren sich die Bevölkerungsorientierungen nicht entlang der Erwartungen des individualistischen oder aber des kollektivistischen Ansatzes, sondern weisen ein differenzierteres Bild auf (Tabelle 5). Hier zeigt nämlich nicht der primär am Gemeinwohl orientierte, sondern der Konflikt- und Konsensorientierung kombinierende Typus die ausgeprägteste Bereitschaft zu politischer Beteiligung sowohl in konventioneller Form als auch in nicht-institutionalisierter Form legaler Art. Undemokratische und einseitig konfliktorientierte Bürger erweisen sich in allen diesen Partizipationsformen als eher inaktiv. Bezeichnenderweise wird dieses Bild jedoch in dem Graubereich des Zivilen Ungehorsams diffuser und schlägt bei nicht-

demokratischer, gewaltsamer Partizipation um. Hier zeigen die primär konfliktorientierten und die als undemokratisch qualifizierten Bürger die größte Handlungsbereitschaft.

Tabelle 5: Politische Partizipationspotentiale nach Demokratietypus

1995 Mittelwerte	Konventionell Handeln		Legal, nicht institut. Potential		Ziviler Ungehorsam Potential		Gewalt Potential	
	1=gering 4=stark		0=gering 3=stark		0=gering 2=stark		0=gering 4=stark	
	W	O	W	O	W	O	W	O
Alle	1.69	1.67	.94	.73	.16	.10	.22	.25
undemokratisch	1.55	1.58	.56	.57	.09	.07	.17	.27
konsensorientiert	1.73	1.72	1.01	.76	.09	.05	.13	.18
konfliktorientiert	1.63	1.57	.81	.62	.19	.14	.28	.33
liberaldemokratisch	1.96	1.83	1.62	1.00	.30	.17	.26	.22

Fragetexte und Mittelwertindices:

Konventionelles Handeln: Wie Sie wissen, sind manche Leute politisch ziemlich aktiv, andere Leute finden dagegen oft keine Zeit oder haben kein Interesse, sich an politischen Dingen aktiv zu beteiligen. Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von Sachen vor, die Leute tun. Bitte sagen Sie mir jedesmal, wie oft Sie persönlich so etwas tun bzw. wie häufig das bei Ihnen vorkommt (nie, selten, manchmal, oft): A) Eine politische Diskussion führen; B) Versuchen, Freunde für die eigenen politischen Ansichten zu gewinnen; C) Mit anderen Leuten in Ihrem Ort bzw. in Ihrer Gemeinde zusammenarbeiten, um Probleme in der Gemeinde zu lösen; D) Zu einer politischen Versammlung oder Wahlveranstaltung gehen; E) Mit Politikern bzw. Politikerinnen sprechen oder sonst Kontakt mit ihnen aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern; F) Zeit opfern, um einen Kandidaten oder eine politische Partei zu unterstützen.

Potential legaler nicht-institutionalisierter Partizipation - Items B, C, E; Potential Zivilen Ungehorsams - Items D, G; Potential politischer Gewalt - Items H, I, K, L aus folgender Frage: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie dann nutzen, was davon kommt für Sie in Frage? (würde ich bestimmt nutzen, würde ich wahrscheinlich nutzen, würde ich nicht nutzen): B) In einer Bürgerinitiative mitarbeiten; C) Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration; D) Teilnahme an einer nicht genehmigten politischen Demonstration; E) Unterschriften sammeln; G) Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken und Ämtern; H) Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht; I) Für Ruhe und Ordnung kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen andere Mitbürger notwendig ist; K) Dem eigenen Standpunkt Nachdruck verleihen, auch wenn es dabei zu einer direkten Konfrontation mit der Polizei kommt; L) Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen politisch Verantwortliche notwendig ist.

Quelle: KSPW 1995.

Schließlich ist noch zu fragen, wie es mit dem Verpflichtungsgefühl gegenüber der politischen Gemeinschaft und der Haltung gegenüber Fremden bei diesen

Orientierungstypen steht. Wiederum zeigt sich ein teilweise contra-theoretisches Bild (Tabelle 6).

Tabelle 6: Haltungen zur politischen Gemeinschaft nach Demokratietypus

1993 Mittelwerte	Loyalität zum eigenen Land		Militär. Verteidigungs- bereitschaft		Klassischer Nationalismus		Haltung zu Ausländern	
	1=unwichtig 7=wichtig		1=unwichtig 7=wichtig		1=gering 6=stark		1=freundl. 6=feindlich	
	W	O	W	O	W	O	W	O
Alle	5.31	5.36	3.99	4.06	2.79	2.27	3.25	3.19
undemokratisch	5.32	5.38	4.16	4.06	3.36	2.60	3.70	3.53
konsensorientiert	6.17	5.87	4.76	4.23	2.97	2.02	3.30	3.01
konfliktorientiert	4.70	4.89	3.66	3.61	2.99	2.64	3.50	3.44
liberaldemokratisch	5.12	5.36	3.50	3.75	1.95	1.75	2.59	2.72

Fragetexte:

Loyalität zum eigenen Land und Militärische Verteidigungsbereitschaft: (Items aus einer Fragebatterie zu Pflichten des Bürgers): Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seinem Land, den Mitbürgern und dem Staat. Sagen Sie mir bitte anhand der Skala auf jeder Karte, inwieweit Sie das für eine wichtige Pflicht des Bürgers halten: - sein Land, auch wenn man manches daran kritisieren mag, achten und zu ihm stehen; - sein Leben für sein Land einsetzen, wenn es bedroht ist; Antwortskala: 1=überhaupt nicht wichtig bis 7=sehr wichtig.

Klassischer Nationalismus - Mittelwertsindex aus den folgenden Items: Auf dieser Liste ist eine Reihe gelegentlich gehörter Meinungen über die Rolle der Deutschen in der Welt zusammengestellt. Bitte sagen Sie, inwieweit Sie jeder dieser Meinungen zustimmen oder nicht. Für Ihre Antwort benutzen Sie bitte die Skala oben auf der Liste: A) Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, daß Deutschland eine Führungsrolle in Europa übernimmt; B) Deutschland sollte sich niemals mit der Abtrennung seiner Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße abfinden; C) Die Deutschen sind anderen Völkern von Natur aus überlegen; D) An der deutschen Kultur sollten sich die anderen ein Beispiel nehmen; E) Der Nationalsozialismus war im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Antwortskala: 1=stimme überhaupt nicht zu bis 6=stimme voll und ganz zu.

Haltung zu Ausländern - Mittelwertsindex (nach Umpolung von B und C) aus den folgenden Items: Diese Liste enthält gelegentlich vertretene Meinungen über Ausländer. Bitte geben Sie zu jeder dieser Meinungen an, inwieweit Sie ihr zustimmen. Benutzen Sie dabei die Skala oben auf der Liste: A) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken; B) Ausländer sollten in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen; C) Ich bin für die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland, weil sie unsere Kultur bereichern; D) Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden. Antwortskala: 1=stimme überhaupt nicht zu bis 6=stimme voll und ganz zu.

Quelle: Politische Kulturen 1993.

Der undemokratische und der konsensorientierte Typus bekunden große Loyalität zur eigenen Nation und eine große Bereitschaft zur Landesverteidigung, gleichzeitig zeigt letzterer aber auch eine Neigung zu übersteigertem Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. Er entspricht damit eher den negativen Erwartungen des

individualistischen als den positiven des kollektivistischen Ansatzes. Der primär konfliktorientierte Typus empfindet dagegen erwartungsgemäß nach beiden Ansätzen ein sehr geringes Verpflichtungsgefühl gegenüber der eigenen politischen Gemeinschaft, aber entgegen dem individualistischen Ansatz gleichzeitig eine recht starke Affinität zu klassischem Nationalismus und eine feindliche Haltung gegenüber Ausländern. Schließlich weist nur der liberal-demokratische Typus bei moderater Loyalität zum eigenen Land und eher mäßiger Bereitschaft, dies im Kriegsfall militärisch zu verteidigen, dezidiert antinationalistische und ausländerfreundliche Haltungen auf.

4. Schlußfolgerungen: Konsensorientierung, Konfliktbereitschaft und Konflikttoleranz

Zusammenfassend läßt sich festhalten:

Erstens: Weder die Orientierungen der im westlichen, individualistisch geprägten Ordnungsmodell sozialisierten noch die der im östlichen, kollektivistisch geprägten Ordnungsmodell sozialisierten Bürger entsprechen den in den theoretischen Ordnungsmodellen angenommenen Strukturen. Vielmehr zeigen beide Bevölkerungsteile eine insgesamt ausgeprägte Befürwortung zentraler Grundprinzipien der Demokratie in konsensualen Situationen und eine deutliche Skepsis gegenüber den als die Ordnung und das Gemeinwohl bedrohend empfundenen Konflikten. Die Antinomie zwischen Konsens und Konflikt wird somit von den Bürgern mehrheitlich zugunsten einer Priorität des Gemeinwohls aufgelöst.

Zweitens: Vor diesem Hintergrund entsprechen aber weder der Idealtypus des kollektivistischen noch der des individualistischen Modells den an sie von diesen Modellen gerichteten positiven Erwartungen. Vielmehr sind beide durch äußerst problematische Einstellungsprofile gekennzeichnet: Der einseitig konsensorientierte äußert eine vergleichsweise geringe Bindung an die demokratische Idee sowie eine ausgeprägte Präferenz für die Sicherung von Ruhe und Ordnung auch durch repressive Maßnahmen des Staates - und insofern eine geringe Toleranz gegenüber von ihm abweichenden Meinungen seiner Mitbürger. Trotz ausgeprägter Bindung an das Gemeinwesen ist er selbst nur zu mäßiger Partizipation bereit. Sein starkes Verpflichtungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft wird von einer erheblichen Tendenz zu übersteigertem, fremdenfeindlichen Nationalismus begleitet - ähnlich wie bei dem als generell undemokratisch bezeichneten Typus. Ebenso widerspricht der einseitig konfliktorientierte Typus teilweise deutlich den ihm unterstellten positiven Charakteristika. Zwar zeigt er keine Neigung zum Ruf nach dem starken Staat. Jedoch wird diese Haltung bei ihm begleitet von einer äußerst geringen Loyalität gegenüber der eigenen politischen Gemeinschaft bei gleichzeitiger Tendenz zu

Nationalismus und Ethnozentrismus sowie - ähnlich wie bei dem generell undemokratischen Typus - von einer nur schwachen Bindung an die Idee der Demokratie und einer deutlichen Affinität zu politischer Gewaltanwendung. Er ist damit konfliktbereit, aber nicht konflikttolerant. Dagegen entspricht der als liberal-demokratisch gekennzeichnete Typus, der Konsens- und Konfliktorientierung kombiniert, am ehesten den positiven Erwartungen beider Modelle. Bei ihm artikuliert sich nicht nur in seiner intensiven Befürwortung der Idee der Demokratie, sondern auch in den Formen der von ihm präferierten Ausgestaltung, deutlich ein Verständnis sowohl für Stabilitätsanforderungen als auch für die Notwendigkeit von Kritik und damit für Veränderungspotentiale des demokratischen Systemtypus. Bei moderater Bindung an die nationale Gemeinschaft sowie dezidiert antinationalistischer und offener Haltung gegenüber fremden Minderheiten zeigt er eine ausgeprägte Distanz sowohl zu staatlicher als auch zu bürgerschaftlicher Gewaltanwendung und ein große - aber nicht-expressive - Bereitschaft zu politischer Teilhabe.

Einseitige Betonungen der individuellen Freiheit und des damit verbundenen Konfliktcharakters des politischen Gemeinwesens - wie in Dubiels Ansatz - erhalten somit ebenso wie einseitige Betonungen der Gemeinwohlkomponente und des erforderlichen Konsenses - wie im kommunitaristischen Modell - spätestens dann einen bitteren Beigeschmack, wenn die Realitäten auf der Mikroebene berücksichtigt werden. Diesen Realitäten der Bürgerorientierungen am besten Rechnung tragen auf der Makroebene der politischen Theorie - so das Fazit - moderatere Vorstellungen, wie sie schon in dem klassischen Modell des Pluralismus zum Ausdruck kommen - sofern sie als ausgewogene, wenn auch prekäre, permanent zu reflektierende und immer wieder neu zu erarbeitende Balance von Konsens und Konflikt, von Eigeninteresse und Gemeinwohl verstanden werden. Eine Förderung kommunitaristischer Orientierungen zur Behebung der primär auf Verteilungskonflikten beruhenden Probleme der inneren Einheit in Deutschland käme damit nicht nur dem Tragen von Eulen nach Athen gleich, sondern könnte sich sogar als kontraproduktiv erweisen. Auf die Tagesordnung sollte vielmehr die Betonung der Notwendigkeit von Toleranz gerückt werden - und dies nicht zuletzt auch unter der Perspektive des zu überwindenden engen innerdeutschen Blickwinkels im Hinblick auf ein sich öffnendes Europa.

Korrespondenzadresse

*PD Dr. Bettina Westle (Vertr. Prof. A. Héritier)
Lehr- und Forschungsgebiet Politikwissenschaft
Fakultät für Soziologie
Universität Bielefeld
Postfach 100131
33501 Bielefeld
Tel. 0521-106-3999; email: bettina.westle@post.uni-bielefeld.de*

Anmerkungen

- 1) Alle Studien sind über das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich; (Ausnahme: Weil 1991).
- 2) Für Vergleiche im Zeitablauf hat dies zur Folge, daß die Schnittpunkte für die Bildung des Kombinationsindex entweder unterschiedlich - je nach Verteilung in der jeweiligen Erhebung - gesetzt werden müssen, oder aber eine bzw. mehrere kumulierte Erhebungen als Standard definiert werden. Im vorliegenden Fall ergaben sich aufgrund der recht großen Verteilungsstabilität daraus keine gravierenden Probleme der Veränderung von Schnittpunkten. Als Schnittpunkt wurde für die Konsensdimension der Wert 5.25, für die Konfliktdimension der Wert 2.75 auf Grundlage der Mittelwerte in der Politischen Kultur Studie 1993 verwendet. Dieser Index wurde erstmals angewandt in Westle 1996 und adaptiert in Kaase 1997.

Literatur

- Bauer, P., 1991: Freiheit und Demokratie in der Wahrnehmung der Bürger in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. S.99-124 in: R. Wildenmann (Hrsg.), Nation und Demokratie - Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Bellah, R. N./Madsan, R./Sullivan, W. M./Swidler, A./Tipton, S. T., 1985: Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life. Berkeley: University of California Press.
- Dahl, R. A., 1971: Polyarchy - Participation and Opposition. New Haven/London: Yale University Press.
- Dalton, R. J., 1994: Communists and Democrats - Democratic Attitudes in the Two Germanies. British Journal of Political Science, 24 (4): 469-493.
- Dettling, W., 1994: Jenseits von Sozialismus, Kapitalismus und Nihilismus. Wieviel Moral braucht eine Gesellschaft - und woher soll sie kommen? S.363-388 in: W. Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München: Knauer.
- Dubiel, H., 1992: Konsens oder Konflikt? Die normative Integration des demokratischen Staates. S.130-137 in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa - 18. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Etzioni, A., 1988: The Moral Dimension - Towards a New Economics. New York: Free Press.
- Etzioni, A., 1994: The Spirit of Community. Re-Invention of American Society. New York: Simon & Schuster.

- Etzioni, A., 1997: Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt: Campus.
- Farnen, R.F./German, D.B., 1994: Minority Toleration and Political Education in Central and Eastern Europe 1991-1993. Paper prepared for the Annual Meeting of the Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) Section on Political Science Education, Potsdam, Germany, August 25-28, 1994, Hartford/Boone: University of Connecticut/Appalachian State University, Department of Political Science/Criminal Justice.
- Fraenkel, E., 1976: Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. S.158-182 in: F. Nuscheler/W. Steffani (Hrsg.), Pluralismus - Konzeptionen und Kontroversen. München: Piper.
- Gabriel, O.W., 1995: Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland. S.243-274 in: R. Altenhof/E. Jesse (Hrsg.), Das wiedervereinigte Deutschland - Zwischenbilanz und Perspektiven. Düsseldorf: Droste.
- Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S., 1979: Ein schwieriges Vaterland - Zur politischen Kultur Deutschlands. München: List.
- Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S., 1993: Ein schwieriges Vaterland - Zur politischen Kultur im vereinten Deutschland. München: List.
- Hagendoorn, L., 1994: Research Planning Workshop „Nationalism, ethnic conflict and conceptions of citizenship in Western and Eastern Europe. 24-25 Nov. in the Netherlands, Results of the core planning group meeting at 16 May in Utrecht.
- Hirschman, A.O., 1994: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? *Leviathan*, 22 (2): 293-304.
- Hoffmann-Lange, U., 1987: Eliten als Hüter der Demokratie? Zur Akzeptanz demokratischer Institutionen und freiheitlicher Werte bei Eliten und Bevölkerung der Bundesrepublik. S.378-391, in: D. Berg-Schlösser/J. Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland - Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Honneth, A. (Hrsg.), 1993: Kommunitarismus. Frankfurt/New York: Campus.
- Kaase, M., 1971: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik. München/Wien: Olzog.
- Kaase, M., 1997: Consensus, Conflict, and Democracy. *German Politics*, Vol. 6, No.2, S.1-28.
- Kelsen, H., 1929: Vom Wesen und Wert der Demokratie. Tübingen: Scientia.
- Kersting, W., 1991: Verfassungspatriotismus, komunitäre Demokratie und die politische Vereinigung der Deutschen, S.143-166 in: P. Brautling/W. Reese-Schäfer, Universalismus, Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen. Frankfurt: Fischer.
- Kielmansegg, P. Graf, 1990: Auf dem Weg zur demokratischen Reife? Überlegungen zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik. S.199-220 in: H. Rudolph (Hrsg.), Den Staat denken. Berlin: Siedler.

-
- Lijphart, A., 1984: *Democracies - Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, A., 1994: *Democracies: Forms, performance, and constitutional engineering*. *European Journal of Political Research* 25 (1): 1-17.
- Pennock, J. R., 1979: *Democratic Political Theory*. Princeton: Princeton University Press.
- Schäuble, W., 1994: *Und der Zukunft zugewandt*. Berlin: Siedler.
- Schumpeter, J.A., 1950: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. München: Piper.
- Schwan, A., 1991: *Politische Theorien des Rationalismus und der Aufklärung*. S.157-257 in: H.-J. Lieber (Hrsg.), *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Thomassen, J., 1995: *Support for Democratic Values*. S. 383-416 in: H.-D. Klingemann/D. Fuchs (Hrsg.), *Citizens and the State, Beliefs in Government, Vol.1*. Oxford: Oxford University Press.
- Walzer, M., 1992: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin: Rotbuch.
- Weil, F. D., 1993: *The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective*. S.195-225 in: F. D. Weil/J. Huffmann/M. Gautier (eds.), *Research on Democracy and Society: Democratization in Eastern and Western Europe, Vol. 1*. Greenwich. Connecticut/London: JAI Press.
- Westle, B., 1996: *Kollektive Identität im vereinten Deutschland. Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Mannheim: Habilitationsschrift.
- Wildenmann, R./Kaase, M., 1968: *Die unruhige Generation*, Mannheim. ohne Verlag.
- Zahlmann, Ch., (Hrsg.), 1994: *Kommunitarismus in der Diskussion*. Berlin: Rotbuch.